



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

► Regierungsratsbeschluss vom 05. März 2013

P130220

Durchführung einer verkürzten Vernehmlassung zum FATCA-Abkommen und zum Entwurf des geplanten Bundesgesetzes betreffend Umsetzung des FATCA-Abkommens (Umsetzungsgesetz)

- ://: 1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an das Staatssekretariat für internationale Finanzfragen.

Begründung

Das FATCA-Abkommen zwischen der Schweiz und den USA sieht Vereinfachungen bei der Umsetzung des Foreign Account Tax Compliance Act (FATCA) der USA vor. Mit FATCA wollen die USA erreichen, dass weltweit sämtliche Einkünfte von Personen besteuert werden, die in den USA steuerpflichtig sind und über Konten im Ausland verfügen. Das FATCA-Abkommen erlaubt den schweizerischen Finanzinstituten, mit dem IRS Informationen auszutauschen, und ermöglicht ihnen Vereinfachungen bei der Umsetzung. FATCA wird von den USA ab 1. Januar 2014 schrittweise eingeführt. Die schweizerischen Finanzinstitute sind faktisch gezwungen, FATCA umzusetzen. Andernfalls riskieren sie, vom US-Kapitalmarkt ausgeschlossen zu werden. Ohne Abkommen könnten die schweizerischen Finanzinstitute nicht von der erleichterten Umsetzung von FATCA profitieren und würden dadurch gegenüber Konkurrenten auf anderen Finanzplätzen benachteiligt. Die Schweiz kommt deshalb nicht darum herum, das FATCA-Abkommen abzuschliessen. Der Regierungsrat hält das FATCA-Abkommen für unumgänglich und befürwortet deshalb dessen Abschluss.

